

## Nach dem Regierungswechsel: Bilanz in Paris und Bonn

Trotz aller Vorzeichen waren die Regierungswechsel in Frankreich und in der Bundesrepublik im ersten Augenblick überraschend. Mit zunehmendem zeitlichem Abstand von den Wahlen im Juni und September wird die innere Konsequenz deutlicher, mit der die Ablösung erfolgte. Sie nötigte den beiden neuen Mannschaften — wenn auch vielleicht nur formelhaft — den Versuch auf, ohne Bruch mit der Vergangenheit eine Politik der behutsamen Reform zu führen.

Mit dem folgenden Dossier wollen wir diesen Versuch analysieren, wobei wir der französischen Seite bewußt etwas mehr Platz eingeräumt haben. Die Beiträge wurden zusammengestellt von Professor Gilbert Ziebura, Inhaber des Lehrstuhls für Außenpolitik am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, der auch den Aufsatz über den Postgaullismus verfaßte. Mit den Problemen der Wirtschaftspolitik und dem Versuch, ihre Grundlagen zu reformieren, befaßten sich als Jean Marc ein Mitarbeiter der französischen Finanzverwaltung und Jörg-Otto Spiller, Doktorand und wissenschaftlicher Tutor für die wirtschaftlichen Grundlagen der Politik am Otto-Suhr-Institut. Student am gleichen Institut ist Udo Rehfeldt, der das Problem der Regionalisierung behandelt, deren Scheitern schließlich unmittelbar den Rücktritt de Gaulles herbeiführte. Aus der Ursache für de Gaulles Scheitern, den Ereignissen des Mai 1968, versuchen Gerhard Haupt und Walter Kreipe durch einen kritischen Überblick über die umfangreiche Mailiteratur Lehren zu ziehen. Haupt, heute Historiker und Doktorand, erlebte die Mairevolte in Paris; Kreipe ist Romanist und Doktorand in Berlin. Die beiden Autoren werden in der nächsten Ausgabe der DOKUMENTE die Mailiteratur unter systematischen Gesichtspunkten analysieren. Ziel und Methode eines Teils der linken Opposition gegen das gegenwärtige Re-

gime in Frankreich versuchen wir mit den Beiträgen von François Mitterrand, 1965 bis 1968 Präsident der *Fédération de la Gauche démocratique et socialiste*, und Jean Poperen, Dozent an der Sorbonne und *Secrétaire national des Groupes et des Clubs socialistes*, zu erhellen. Schließlich dokumentiert die Gegenüberstellung der Regierungserklärungen von Jacques Chaban-Delmas am 16. September und Willy Brandt am 28. Oktober die verbalen Gemeinsamkeiten bei dem Versuch, in der Reform die Kontinuität zu bewahren.

Die Beiträge dieses Dossiers lassen die Unterschiede der ökonomischen und politisch-psychologischen Ausgangsbasis in beiden Ländern erkennen. Sie zeigen, wie wenig die Lösung der gesellschaftlichen Probleme in Westeuropa integriert ist. Die Europa-Kritiker, die die unterschiedlichen Spannungen in der Gesellschaft mit marxistischem Vokabular übertünchen, täuschen sich ebenso wie die Föderationsapologeten, die sie mit Gemeinsamkeitsappellen fortzuproklamieren meinen. Nicht durch Gipfelkonferenzen und gemeinsame Marktordnungen wird die deutsch-französische Zukunft in einem geeinten Westeuropa entschieden, sondern durch den Gleichtakt — auch bescheidener — gesellschaftlicher Reformen.

## Der Postgaullismus hat begonnen

Im »Jahre Null des Postgaullismus!« läßt sich niemand von der scheinbaren Kontinuität und Stabilität der Institutionen und des politischen Führungspersonals täuschen. Gewiß: die lange so sehr gefürchtete Ablösung des Generals verlief mit einer geradezu verblüffenden Normalität. Die Verfassung, von der man gesagt hat, sie sei für de Gaulle nach Maß geschneidert, wird nicht ernsthaft in Frage gestellt. Der neue Staatspräsident scheint für sieben Jahre fest im Sattel zu sitzen. Nirgends zeigt sich ein Rivale. Noch nie in der Geschichte des französischen Parlamentarismus besaß eine Regierung eine so

<sup>1</sup> Titel einer Artikelserie von Pierre Viannson-Ponté in *Le Monde*, 5.—8. Oktober 1969.

komfortable Mehrheit: etwa 370 von insgesamt 487 Sitzen, davon allein 293 Gaullisten. Erst in vier Jahren finden die nächsten Parlamentswahlen statt. Die Opposition hat sich selbst ausgeschaltet: Zerstritten, paralysiert, ohne Konzept und ohne Perspektive vegetiert sie dahin. Hat eine französische Regierung jemals über einen günstigeren Start und eine größere Handlungsfreiheit verfügt?

### Das Erbe des Generals

Für die Realität des nachgaullistischen Frankreich ist es bezeichnend, daß selbst diese Aktivposten nicht der Ausdruck von Kraft, innerer Sicherheit und Vertrauen, sondern die Folge von Indifferenz und skeptischer Distanz sind. Die Institutionen haben ihre Glaubwürdigkeit verloren, was niemanden überrascht, der sich erinnert, wie oft und mit welcher Skrupellosigkeit sie mißbraucht oder zumindest manipuliert wurden. Mit Verfassungsdebatten ist der Franzose mehr als gesättigt. Im übrigen haben elf Jahre gaullistischer Herrschaft die Agonie der bürgerlichen Demokratie nur beschleunigt<sup>2</sup>. Geblieben ist der äußere Schein: ein Parlament ohne Macht; bürgerliche Parteien von rechts bis links, von denen niemand weiß, was und wen sie repräsentieren; deren politische Konzepte sich ähneln und die sich um dieselben Wähler bewerben. Daß der Gaullismus sich selbst beerbt, ist weniger auf eigenes Verdienst zurückzuführen als darauf, daß es keine plausible Alternative, zumindest innerhalb des Systems, gibt. Resignation und Attentismus bestimmen das politische Klima.

Der Gaullismus ist gesellschaftspolitisch gescheitert: Das ist das schwerwiegendste und potentiell gefährlichste Erbe de Gaulles.<sup>3</sup> Der »starke Staat«, den er installieren wollte, fand keine homogene soziale Basis. Ohne sie kann er nicht bestehen. Die Institutionen lebten entweder um ihrer selbst willen oder, wenn sie einen sozialen Inhalt besaßen, als Instrument jener Bourgeoisie, die an der Spitze

des ökonomischen und technologischen Fortschritts zu stehen glaubt und zugleich die Intervention eines Staates, der in erster Linie an »Effizienz«, »Modernität« und »nationalen Anspruch« denkt, zugunsten ihrer Interessen reklamiert. Ihr natürliches Pendant war die Technokratie. Das bedeutete nichts anderes, als daß sich der Staat als direkter Verwalter der Interessen der Industriebourgeoisie benutzen ließ. Wozu dann die traditionellen Institutionen? Wozu politische Auseinandersetzungen, wenn sich gaullistischer Staat und Industriebourgeoisie ohnehin darüber einig waren, daß politische und monetäre Stabilität und »sozialer Friede« die Voraussetzung für den Erfolg waren?

Leider ging die Rechnung nicht auf. Man braucht nicht Marxist zu sein, um zu begreifen, daß eine solche Politik die sozialen Antagonismen nur verschärft. Denn dieser Industriebourgeoisie stand die Masse der noch weitgehend im vorindustriellen Denken verhafteten Kleinbourgeoisie gegenüber, der kleinen Händler und Handwerker, aber auch der Bauern, die den Anschluß an die neue Entwicklung nicht fanden und »links« liegen gelassen wurden. Der auf Konzentration bedachte, vom gaullistischen Staat gestützte Kapitalismus denkt an die sozialen Auswirkungen seines Verhaltens zuletzt. Soziale und kulturelle Investitionen sind das fünfte Rad am Wagen. Die Antwort war die Explosion vom Mai 1968, die Staat und Gesellschaft in den Grundfesten erschütterte und die bis heute nicht überwunden werden konnte. Sie zeigte schlaglichtartig, daß die neue Symbiose aus Gaullismus, Technokratie und Kapital- und Industrieinteressen gesellschaftspolitisch buchstäblich »in der Luft hing«.

In einem letzten, fast verzweifelt anmutenden Aufbäumen hat de Gaulle versucht, seinen Irrtum wieder gut zu machen. Er lancierte die Idee der »participation«. Sie war eine Neufassung des alten gaullistischen Konzepts von der »association capital-travail«, das erlauben sollte, eine Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und Sozialismus zu schaffen; eine Gesellschaft eben, in der der fundamentale Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit überwunden und damit jene Harmonie möglich würde, von der der Gaullismus als Grund-

<sup>2</sup> Vgl. die ausgezeichnete Analyse von marxistischer Seite: André Gorz: *Réforme et Révolution, Paris 1969, S. 34 ff.*

<sup>3</sup> Vgl. Gilbert Zieburg: *Gaullismus in: Politik für Nichtpolitiker*, hrsg. von Hans Jürgen Schulz, Stuttgart und Berlin, S. 162 ff.

lage seines »starken Staates« träumt. Aber die unter der V. Republik praktizierte Sozialpolitik hatte schon gezeigt, wie unfruchtbar dieser Ansatz war. Die Ordonnanz vom Juli 1967 über das »*intéressement*« der Arbeiter in den Betrieben war kaum mehr als Augenwischerei. Mit der »*participation*« in den Betrieben, in den Universitäten und schließlich in den Regionen<sup>4</sup>, also im beruflichen und lokalen Bereich, sollte das Versäumte dann auf breiter Front nachgeholt werden. Hier, in seinem unmittelbarsten Wirkungsbereich, sollte der Einzelne nicht mehr Objekt, sondern Subjekt der Entscheidungen werden, während die autokratische Spitze im Staat davon unberührt blieb. Mit diesem Heilmittel sollten die gesellschaftliche Basis des Regimes gestärkt und zugleich die sozialen Spannungen abgebaut werden. In Wahrheit war das alles angesichts der eigentlichen Machtverhältnisse nur ein kümmerliches Trostpflasterchen. Die »*participation*« enthüllte das Dilemma des Gaullismus eher, als daß sie eine neue und glaubwürdige Perspektive eröffnete. Kein Wunder, daß sie wenig Begeisterung hervorrief. De Gaulle mußte scheitern, weil es ihm nicht gelang und gar nicht gelingen konnte, die Gegensätze zwischen den einzelnen Teilen der Bourgeoisie einerseits und dieser Bourgeoisie und der Arbeiterschaft andererseits beizulegen.

### Kontrolle statt Almosen

Die »Mai-Ereignisse« zeigten nicht nur die Fragwürdigkeit der etablierten Machtverhältnisse, nicht nur die Zerbrechlichkeit der Institutionen, nicht nur den Kreditverlust und die politische Schwäche der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, sondern sie zeigten auch, wenn auch unausgegoren und konfus, die Existenz einer Fundamentalopposition. Sie wird sicherlich solange keine wirkliche Gefahr für die etablierte »Ordnung«, wie es ihr an einer kraftvollen Organisation fehlt. Aber sie stellt ein diffuses Potential dar, das durch die permanente Infragestellung von Werten, Normen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen ein Zeichen für das Fortschreiten sozialer und politischer Zer-

setzungsprozesse ist. Die unmittelbaren, konkreten Auswirkungen liegen darin, daß sich eine »Basis« gebildet hat, die bereit ist, sich selbständig zu machen und Aktionen auf eigene Faust zu entfesseln. In der Tat zeichnen sich die sozialen Kämpfe in Frankreich (ähnlich wie in Italien und in Großbritannien) seit dem Mai 1968 durch zwei neue Phänomene aus: einmal können die Gewerkschaftsapparate nicht mehr sicher sein, die Massen der Arbeiter in der Hand zu haben; zum anderen sind die Forderungen nicht mehr wie früher vornehmlich »quantitativer« Natur (also vor allem Lohnerhöhungen), sondern sie werden zunehmend »qualitativ« (also Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, Verkürzung der Arbeitszeit, längere Mittagspausen, aber z. T. auch schon das Verlangen nach »Arbeiterkontrolle« usw.). Sicher gibt es weniger revolutionäre Elemente, als es die »Neue Linke« diesseits und jenseits des Rheins wahrhaben will. Nichtsdestoweniger setzt sich das Bewußtsein durch, daß Arbeiterorganisationen nicht nur »*pressure groups*« zur Durchsetzung bestimmter Forderungen sein dürfen, was doch nur zur Gewährung von Almosen führt, sondern Zellen zur politischen Selbstorganisation. Auch das führt in der Praxis noch nicht weit. Immerhin ist seit dem Mai 1968 die Furcht, von »links« überholt zu werden, ein neuer Lehrmeister bei der Ausarbeitung von Strategie und Taktik seitens der französischen Gewerkschaften. Es ist kein Zufall, wenn die CGT und ihr Generalsekretär Séguy heute mehr im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen als die kommunistische Partei. Hier hat das postgaullistische Regime ein Erbe angetreten, mit dem fertig zu werden es einige Schwierigkeiten haben wird.

Die wichtigste Lehre der »Mai-Ereignisse« aber liegt in der Erkenntnis, daß der französische Kapitalismus immer weniger mit seinen eigenen Widersprüchen und Schwächen fertig wird. Die Gewährung einer im Durchschnitt 13prozentigen Lohnerhöhung im Juni 1968 hat die Lohnkämpfe nur vorübergehend beruhigt. In dem Maße wie die damit gewonnene Kaufkraft durch das Ansteigen der Preise wieder absorbiert wird<sup>5</sup>, wächst die Unzufriedenheit erneut.

<sup>4</sup> Siehe den Beitrag von Udo Rehfeldt.

<sup>5</sup> Index der Detailpreise (1962 = 100): Juni 1968 = 121,8; Januar 1969 = 127; Juli 1969 = 130,2.

Tatsächlich hat die Arbeiterschaft insbesondere im nationalisierten Sektor (Gas, Elektrizität, Eisenbahn, Pariser Verkehrsbetriebe, Kohle), wie alle Statistiken ausweisen, im Laufe der ersten sieben Monate 1969 die im Jahr zuvor erkämpfte Lohnerhöhung wieder eingebüßt. Kein Wunder, daß die Welle der »wilden Streiks« im Herbst 1969 von diesem Sektor ausgeht, und daß trotz neuer Lohnerhöhungen keineswegs eine dauerhafte Beruhigung eingetreten ist. Tatsächlich haben die massiven Lohnerhöhungen mit ihren Folgeerscheinungen nicht nur die Handels- und Zahlungsbilanz, sondern die gesamten staatlichen Finanzen erschüttert. Die von de Gaulle für seine »Politik der Größe und Unabhängigkeit« angesammelten Gold- und Devisenreserven schmolzen dahin (30 Milliarden vor dem Mai 1968, gegenwärtig nominell 17, in Wirklichkeit kaum mehr als 7 Milliarden). Handelsdefizit, Kapitalflucht sowie die Stützung des Franc durch fremde Währungen bereiteten den gehorteten Schätzen ein rasches Ende. Alle Welt von Georges Pompidou bis Félix Gaillard<sup>6</sup> gibt heute zu, daß die durch die einschneidende Abwertung vom Dezember 1958 gewonnene Marge in der Gestaltung der Preise bereits 1963 erschöpft war und daß hier der eigentliche Grund für das Stabilisierungsgesetz Giscard d'Estaings lag. Die damit verbundene Blockierung der Preise und Löhne, die zwangsläufig zu einer wirtschaftlichen Rezession führen mußte, wäre kaum notwendig gewesen, wenn nicht die Parität des Franc bedroht gewesen wäre. Ein Schock wie die »Mai-Ereignisse« genügte, um das ganze Währungsgebäude zum Einsturz zu bringen, wie die Krise vom November 1968 zeigte. Aber das ist nur *ein* Aspekt des Problems. Selbst der reaktionärste Gaullist gibt zu, daß die Diskrepanz zwischen Unternehmergewinnen und Arbeiterlöhnen in einer Phase überschäumender Konjunktur untragbar ist. Andererseits führt eine ständige Erhöhung der Kaufkraft zu einer Konsumfreudigkeit, die vom eigenen Produktionsapparat nicht mehr gestillt wird und damit zu Außenhandelsdefiziten<sup>7</sup> und

Inflation führt. Pompidou selbst hat diesen *circulus vitiosus* in besonders düsteren Farben geschildert. Immer wieder wurde die Lösung der seit langem offensichtlichen Strukturkrise der Landwirtschaft hinausgezögert. Man wählte den Weg des geringsten Widerstandes, indem man die Preise durch staatliche Subventionen, die fast astronomische Zahlen erreichten, künstlich stützte und damit das Budget mit unproduktiven Ausgaben belastete. Das alles zeigt, daß die elfjährige Herrschaft de Gaulles den Nachfolgern einen Staat, eine Gesellschaft und eine Wirtschaft hinterlassen hat, deren »exemplarischer« Charakter erst noch zu beweisen ist.

### Gaullismus ohne de Gaulle?

Der Gaullismus war immer nur in beschränkter Weise mit seinem Schöpfer identisch. Bis auf wenige, besonders auf die Person de Gaulles eingeschworene Anhänger nahm niemand die Prophezeiung Malraux' ernst, daß der Gaullismus eine Niederlage seines Chefs nicht überstehen würde. Der Gaullismus hat schnell, vor allem nach den »Mai-Ereignissen«, sein wahres und von seinem Schöpfer weitgehend unabhängiges Gesicht angenommen: als Sammlungsbewegung, die neben den Resten der klassischen Rechten und des atomisierten Zentrums alle jene Kräfte in sich vereinigt, die das traditionelle und in Auflösung begriffene Parteiensystem nicht mehr bindet und darüber hinaus für jene Schichten und Gruppen, die sich »entideologisiert« und also »modern«, »unvor-eingenommen« fühlen, d. h. die die Erfordernisse eines expandierenden Wirtschaftssystems höher stellen als Politik im echten Sinne des Wortes. Auch der Gaullismus ist, um die Terminologie Otto Kirchheimers zu benutzen, eine »Aller-weltspartei« (wie die Christliche Demokratie in der Bundesrepublik und in Italien); eine Partei also, die von Natur aus heterogen ist und die daher, um einen minimalen Zusammenhalt zu wahren, auf alles das verzichtet, was sonst Parteien ausmacht: innere Auseinandersetzungen, Kontrolle der Macht.

Dem Gaullismus als der »dominierenden« Kraft im politischen Leben Frankreichs fiel

<sup>6</sup> In *Le Monde*, 4. und 5. Oktober 1969.

<sup>7</sup> Handelsbilanz 1969:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
Import:	6,0	5,9	5,9	6,7	6,8	6,9	7,1
Export:	5,3	5,1	5,0	5,6	5,4	5,7	5,7

(In Milliarden Francs)

eine objektive Funktion zu, die natürlich leichter mit als ohne de Gaulle zu erfüllen ist, weil gerade eine »Allerweltpartei« eine gewisse Mystik als Integrationsfaktor lebensnotwendig braucht. Aber der Gaullismus wird überleben, und sei es auch nur als »Lückenbüßer«, als »Verlegenheitslösung« für breite, politisch desorientierte oder uninteressierte Schichten, in einer Gesellschaft, die sich von den überkommenen politischen Formen löst, aber noch weit davon entfernt ist, die neuen, ihr adäquaten Formen gefunden zu haben. Die Schwierigkeit, eine nichtkommunistische Linke aus den Resten der Sozialdemokratischen Partei, den Radikal-Sozialisten, »humanitären« Sozialisten, linken Intellektuellen usw. aufzubauen, spricht Bände. Ähnliches gilt vom nicht-gaullistischen Zentrum. In einer solchen Lage ist der Gaullismus für jene Kräfte, die den gesellschaftlichen *Status quo* brauchen, ein wahres Himmels Geschenk.

### Pompidolismus

Seit dem Abgang de Gaulles hat es Veränderungen gegeben, die es erlauben, von »Postgaullismus« zu sprechen. Im Grunde begann er unmittelbar nach den »Mai-Ereignissen«, als sich zeigte, daß sich der General von dem schweren Autoritätsverlust nicht wieder erholen würde. Genau in diesem Augenblick begann der Aufstieg Georges Pompidous, der den »Postgaullismus« nun mehr und mehr verkörperte. Jedermann wußte, daß der triumphale Wahlerfolg vom Juni 1968 auf sein Konto ging, und zwar in einem Maße, daß de Gaulle sich nur halten konnte, wenn er auf dem Wege über ein Referendum einen noch größeren Erfolg errang. Hier liegt der Grund, warum er mit einem Starsinn ohnegleichen gegen die Ratschläge seiner Mitarbeiter ein solches Referendum vorbereitete. Während sich de Gaulle, zum Schluß sogar offenen Auges, ins Verderben stürzte, baute Pompidou die Nachfolge auf. Er distanzierte sich in grundlegenden Fragen (wie der Abwertung) von de Gaulle und machte öffentlich seinen Anspruch auf das höchste Staatsamt geltend.

Was an Pompidou typisch gaullistisch ist, läßt sich nur schwer beschreiben. Was ihn

von seinem Vorgänger trennt, fällt sofort ins Auge: nicht nur das joviale, »menschlichere« Temperament, das ihm niemals gestatten wird, eine »Mystik des Chefs« zu entwickeln, wie es de Gaulle in Schriften und Taten getan hat; nicht nur der größere Pragmatismus und Realismus, wie er nun einmal einen Mann formt, der ebenso Gymnasiallehrer wie Bankier war; sondern vor allem eine Vorstellung von Frankreich, der Glorifizierung und Idealisierung völlig fremd sind. Pompidou wird niemals von sich behaupten, daß er Frankreich »verkörpert«. Mit ihm ist das normale Maß an die Staatsspitze zurückgekehrt. Das ist ein Vorteil, weil die Dinge selber wieder ihre normalen, d. h. ihre wahren Dimensionen bekommen. Das ist aber auch ein Nachteil, weil ein Gaullismus, von dem man die Mystik abzieht, nur noch ein Schatten seiner selbst ist oder zumindest werden kann. Genau hier liegt die Furcht der »orthodoxen« Gaullisten. Dennoch ändert all das nichts an der gesellschaftlichen Bedeutung des Postgaullismus: Er ist ein von den ideologischen und politischen Exzessen gereinigter Gaullismus und entspricht damit eher den Interessen der entpolitisierten Bourgeoisie.

Von hier aus versteht sich die von Pompidou praktizierte Politik der »Öffnung«. Sie war schon deshalb nötig, weil der neue Staatspräsident jene Teile des nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen proeuropäisch eingestellten Bürgertums gewinnen mußte, die immerhin stark genug waren, anlässlich des Referendums vom 27. April den Ausschlag für eine Mehrheit des »Nein« zu geben und ohne die er kaum Chancen gehabt hätte, gewählt zu werden. Das bedeutet Konzessionen an Alliierte, die nicht nur von der Phraseologie der »nationalen Größe« nichts wissen wollen, sondern darüber hinaus die Kerntruppen jenes konservativen Wirtschaftsbürgertums darstellen, die vom Staat in erster Linie die Gewähr für Ruhe, Ordnung und Stabilität der Währung verlangen und die in Giscard d'Estaing ihren Vertreter haben. Die »Öffnung« mußte wohl oder übel eine Abwendung von dem bedeuten, was der traditionelle Gaullismus in Gestalt seines linken Flügels an Gesellschaftspolitik vertrat, auch wenn es sich nur um verworrene Ansätze handelte. Kein Wunder, wenn diese

»Linksgaullisten«, die sich nun zugleich als die eigentlichen Erbwalter des Generals vorkommen, gegen die »neuen Herren« in der Mehrheit Sturm laufen und dabei keinen Hehl daraus machen, daß sie Pompidou selbst meinen. Für sie ist er ein Vertreter des »reaktionären Kapitalismus«. Was Männer wie Capitant und Louis Valon gegen den neuen Staatspräsidenten vorgebracht haben, übertrifft an Antipathie, ja Haß sogar die Kommunisten. Für sie sind Pompidou und Giscard d'Estaing Verräter an der Sache des Gaullismus. Jede ihrer Verlautbarungen wird daraufhin untersucht, was sie von der »*participation*« sagt. Da es sehr wenig ist, treibe, so erklären sie, Pompidou eine »Politik der Reaktion unter dem Mantel eines usurpierten Gaullismus«. Wer so redet, muß die Opposition wählen. Jedenfalls haben sich die linken Gaullisten erneut in der »*Union démocratique du travail*« organisiert und erklärt, daß sie ihre eigenen Wege gehen.

### Graishüter und Häretiker

Das ist nur ein Aspekt jenes Streits um die »wahre Lehre«, der immer ausbricht, wenn die Jünger ohne den Meister leben müssen und der Meister selbst sich hartnäckig in Schweigen hüllt. Dieser Streit ist ein besonders unnützes und lächerliches Geschäft. Einmal, weil der Gaullismus auch zur Zeit de Gaulles kaum mehr als eine vage Verhaltenslehre war und nun jeder hineininterpretieren kann, was ihm beliebt. Zum anderen, weil hinter diesem Gezänk nur zu deutlich persönliche Differenzen zum Vorschein kommen. Im übrigen steht es den Linksgaullisten, die ohnehin nur ein Generalstab ohne Truppen sind, schlecht an, Pompidou vorzuwerfen, daß er in vier Monaten das nicht erreichte, was de Gaulle in elf Jahren nicht geschafft hat. Schließlich kommt hinzu, daß die Fronten durcheinandergelassen: »linke« Gaullisten sitzen in der Regierung, während die »orthodoxen« oder »integralen« Gaullisten nicht selten zu den reaktionärsten gehören, wie man an der »*Présence et Action du Gaullisme*« sehen kann, einem Zusammenschluß von etwa 40 gaullistischen Abgeordneten unter dem Schwager de Gaulles,

die sich als Graishüter der reinen Lehre empfinden.

So ist es unvermeidlich, daß sich Sekten und Fraktionen bilden. Andererseits wird, eben um den Verlust des Generals zu kompensieren, in zahllosen »Studiensitzungen« versucht, das ideologische Profil des Gaullismus zu akzentuieren — ein Versuch am untauglichen Objekt. Diese Bemühungen stehen in keinem Zusammenhang mit jenen Analysen der französischen Wirklichkeit, die in der Umgebung des Premierministers und des Staatspräsidenten angefertigt werden und sich in Grundsatzserklärungen niedergeschlagen haben. Gerade im Hinblick darauf erscheint die Agitation im gaullistischen Lager besonders künstlich und gequält.

Jedermann spürt, mehr oder weniger deutlich, daß der Gaullismus, seiner mystischen Dimension beraubt, eine zwangsläufig schmerzhaft Mutation zur Politik durchmachen muß. Oder, wie es der gaullistische Abgeordnete Maurice Papon formuliert hat: daß sich der Gaullismus von einer Philosophie der Aktion zu einer Philosophie in Aktion wandeln müsse. Am Anfang dieses Unterfangens stand die bislang originellste Leistung des Postgaullismus: der Versuch einer Diagnose von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft in Frankreich, eine Bilanz, die viel Mut zur Unpopularität sowie intellektuelle und politische Unbestechlichkeit verlangte. Was Edgar Faure, Chaban-Delmas und Pompidou über den Zustand des französischen Regierungs- und Gesellschafts-systems auszusagen wußten, wäre zu de Gaulles Zeiten niemals über den Mund eines Gaullisten gekommen. Freilich: es sind nicht gerade die »integralsten« Gaullisten, die sich zu Wort gemeldet haben.

Für Edgar Faure, der in einem Interview mit dem Wirtschaftsblatt *L'Expansion* (Nr. 22, September 1969) die Lehren aus seiner Tätigkeit als Erziehungsminister zog, gerät die Macht in Frankreich immer mehr in die Hände der »Technostruktur«, ähnlich wie es Galbraith für die Machtverhältnisse in der amerikanischen Wirtschaft festgestellt hat. Konkret handelt es sich um jene wachsende Masse von Technokraten, die in der Regel die *Ecole Nationale d'Administration* absolviert haben und vor allem die ministeriellen Kabinette<sup>8</sup> »kolo-

nisieren«. Diese Leute, meint Edgar Faure, bestimmen die großen Optionen der Politik und bereiten, gemeinsam mit den Direktoren der Ministerien, die Entscheidungen vor. Unumstrittene Texte werden von der Regierung einfach akzeptiert; gibt es Konflikte, fällen die Kabinette des Premierministers bzw. des Staatspräsidenten einen Schiedsspruch. Opfer sind in erster Linie die politischen Minister, die diesem Treiben hilflos gegenüberstehen und sich genau wie die Parlamentarier »*hors du coup*« fühlen. Von Kontrolle ist keine Rede. Wie viele andere beklagt auch Edgar Faure das Fehlen einer systemimmanenten Opposition. Ihr Ersatz, die Fundamentalopposition, sei auf die Dauer zum Scheitern verurteilt, weil sie kein Echo im Volk finde. Sein freilich wenig überzeugender Vorschlag lautet, das »politische Element« in der Exekutive zu stärken.

### Ein Kampf um Worte

Noch grundsätzlicher wurde Premierminister Chaban-Delmas in seiner Regierungserklärung vom 16. September<sup>9</sup>. Hier stand die Forderung im Mittelpunkt, daß Frankreich endlich eine wirkliche Industriemacht werden müsse. An die Stelle der »blockierten Gesellschaft«, die diese Entwicklung hemme und verzögere, müsse eine »neue Gesellschaft« treten: prosperierend, jung, großzügig, befreit. Die alte, »blockierte« Gesellschaft sei durch drei Elemente gekennzeichnet. Einmal durch den ungenügenden Produktionsapparat, der die gesamte ökonomische Entwicklung belaste und für die Struktur des Exports, die einem Industrieland nicht entspreche, verantwortlich sei. Da er zu wenig Arbeitsplätze zur Verfügung stelle, bremse er die unerläßlichen Anpassungsprozesse in der Landwirtschaft; dagegen ermutige er das Aufblähen von Verwaltung und Dienst-

leistungsbetrieben; mit anderen Worten: er erschwere die Lasten des kollektiven Lebens und drücke damit den Lebensstandard. Nur eine rasche Industrialisierung könne die Diskrepanz zwischen Konsumgesellschaft und mangelhafter industrieller Basis, die Quelle der Inflation, schließen. Als zweites Element führte Chaban-Delmas den weitgehend unwirksamen Staatsapparat an. Er reglementiere zuviel, ersticke alle Aktivität und fördere Verantwortunglosigkeit. Durch seine Subventionen konserviere er unrentable Strukturen. Dieses alles aber, und hier führte der Premierminister das dritte Element an, sei nur das Spiegelbild archaischer und konservativer Sozialverhältnisse. Frankreich sei noch immer ein Land der Kasten mit ungerechter Einkommensverteilung und mangelhafter sozialer Mobilität — der geeignete Humus für Vorurteile und Ideologiebildung. Um Worte, nicht um Realitäten werde gekämpft. Die Gesellschaft entwickle sich nur über Krisen und scheinbare Revolutionen, anstatt durch permanente Reformen. Zwischen der Allmacht des Staates und der Schwäche des kollektiven Lebens bestehe ein direkter Zusammenhang. Die »neue Gesellschaft«, zu der der VI. Plan ein erster Schritt sein soll, müsse auf einer Neudefinition der Rolle des Staates beruhen, die Konkurrenzfähigkeit entfalten, die sozialen Strukturen verjüngen. Das Budget dürfe nicht schneller wachsen als das Bruttosozialprodukt. Mit Hilfe einer Politik der »sozialen Programmierung« müsse den Benachteiligten geholfen werden.

Schließlich fügte sich Pompidou selbst in den Chor ein. In seiner Pressekonferenz vom 22. September nahm er die Diagnose seines Premierministers auf, setzte allerdings hinzu, daß die Dekadenz des französischen Gesellschafts- und Wirtschaftsystems schon nach dem Ersten Weltkrieg begonnen habe!

Sowohl diese Analysen wie die freilich erst in schemenhaften Umrissen skizzierten Heilmittel werfen ein bezeichnendes Licht auf die Natur des Postgaullismus. Dabei fällt am wenigsten ins Gewicht, daß alle diese Analysen in keinem Punkt originell sind: zahllose Politologen, Soziologen, Ökonomen, aber auch Politiker wie Mendès France oder Mitarbeiter der Pla-

<sup>9</sup> Die ministeriellen Kabinette sind eine Spezialität des französischen Regierungssystems. Der Staatspräsident wie jedes Mitglied der Regierung, ob Minister oder Staatssekretär, haben das Recht, ein persönliches Kabinett zusammenzustellen, in dem sich »Technokraten« und politische Freunde mischen. Die wichtigsten dieser Kabinette (Staatspräsident, Premierminister, Finanzminister usw.) umfassen bis zu 30 Mitglieder, manchmal noch mehr. Sind diese Mannschaften gut, bringen sie ein ganzes Ministerium in Bewegung; sind sie schlecht, endet alles in der größten Konfusion.

<sup>9</sup> Vgl. unten S. 451.

nungsbehörde<sup>10</sup> haben sie schon vor Jahren erstellt. Nach dem Abgang de Gaulles, dringt diese Arbeit nun auf die Schreibtische der Regierung vor. Sie bemächtigt sich ihrer Ergebnisse nicht zuletzt aus taktischen Gründen, um sich *expressis verbis* vom bisherigen Regime zu distanzieren und auf diese Weise eigenes Profil zu gewinnen. Nicht umsonst, wenn auch in reichlicher Übertreibung, hat man die Regierungserklärung von Chaban-Delmas mit der Entstalinisierungsrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag verglichen. Aber es gibt auch drängende politische Motive. Sowohl die von Pompidou und seiner Regierung begonnene Politik der »austerität« wie das tief in der Öffentlichkeit verankerte Malaise forderten eine neue Sprache, um jenes Vertrauen zu schaffen, das die unabdingbare Voraussetzung für alle monetären, ökonomischen und politischen Maßnahmen darstellt. Kurzum: Frankreich brauche, wie es ein führender Gaullist formuliert hat, eine »Utopie«, einen Orientierungspunkt, der zugleich geeignet ist, den Opfern und Anstrengungen einen Sinn zu geben. Schließlich versucht man mit der Ideologie der »neuen Gesellschaft«, der nichtkommunistischen Linken auch noch den letzten Wind aus den Segeln zu nehmen und sich somit nach »links« zu verbreitern. Tatsächlich sind viele nun zu Ehren gekommene Ideen auf ihrem Boden gewachsen — ein neues Zeichen für die Assimilierungskraft des Gaullismus!

In der Tat ist in dieser Selbstkritik eins durchgängig: der Wille zu einer grundlegenden Veränderung in der Priorität der Staatsziele. Hier liegt der wesentliche Unterschied zur Ära de Gaulles. Die Innen-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik rückt, wenigstens verbal, an die Spitze dessen, was die Regierung beschäftigt. Das heißt nicht, daß die Ziele der

Außenpolitik verändert würden. Es heißt nur, daß sie mit geringerer Intensität verfolgt werden. Auf der anderen Seite entfällt diese Selbstkritik, was ihren Inhalt angeht, die Grenzen des Postgaullismus.

### Eroberung der Märkte

Was man anstrebt, ist die Verwirklichung eines rationalisierten und damit effizienteren Kapitalismus, der in letzter Instanz auch die politische Macht Frankreichs zu stärken in der Lage ist. Werten wie Demokratisierung, Dezentralisierung, Autonomie, Selbstverwaltung, soziale Gerechtigkeit, chancengleiche Gesellschaft usw. kommt ein weitgehend instrumentaler Charakter zu. Sie sind interessant, ja sogar notwendig, sofern sie dem Ziel der »Modernisierung«, der Steigerung der Effizienz und damit, schließlich und endlich, dem Überleben eben dieser Gesellschaft dienen. Es ist kein Zufall, wenn man starke Worte findet, sobald es um Analyse geht, daß man aber in Lyrik und verschwommenen Verbalismus ausweicht, sobald es darum geht, die Konturen dieser »neuen Gesellschaft« zu umreißen, die politischen und ökonomischen Instrumente zu fixieren, mit deren Hilfe sie verwirklicht wird. Wie armelig und abgegriffen sind die Vorschläge! Pompidou greift, aus heiterem Himmel, ohne die Betroffenen konsultiert zu haben, die alte Idee des Arbeiter-Aktionärs auf. So günstig die Modalitäten auch ausfallen mögen, es ist doch klar, daß hiermit ein weiterer Schritt auf dem Weg der »Integration« des Arbeiters in das kapitalistische System mit Hilfe einer Umarmungstaktik vollzogen werden soll. Noch charakteristischer ist die Aufforderung Pompidous, daß die Franzosen eine »aggressive Mentalität« bei der Eroberung neuer Märkte annehmen sollen, was nichts anderes heißt, als die Deutschen nachzuzahlen! Und wie fragwürdig und selbstenthüllend ist es, wenn Pompidou an die Hausfrauen appelliert: spart mehr, dann werden wir die Mittel für jene Investitionen haben, die die Modernisierung und Entwicklung unserer Industrie erfordern! Was nützt die Analyse Edgar Faures, wenn er die gesellschaftliche Funktion der von ihm angeprangerten »Technostruktur« nicht sieht!

<sup>10</sup> So stammt z. B. der Begriff der »blockierten Gesellschaft« von dem amerikanischen Politologen Stanley Hoffmann. Er hat ihn in einem brillanten Essay in dem Sammelband *A la recherche de la France*, Paris (Seuil) 1963, benutzt und mit seiner Hilfe die Entwicklung der französischen Gesellschaft seit dem Zweiten Weltkrieg analysiert und interpretiert. Von den Soziologen seien nur die Arbeiten von Michel Crozier über die französische Bürokratie genannt, vor allem sein Aufsatz: *La France, terre de commandement*, in: *Esprit*, Dezember 1957, S. 779–797. Auch das Buch von Herbert Lüthy: *Frankreichs Uhren gehen anders*, sei genannt. Die moderne Literatur über die Strukturängel der französischen Gesellschaft, Wirtschaft und vor allem des Staates ist fast unüberschaubar.



Ganz abgesehen davon, daß, wie die »Mai-Ereignisse« gezeigt haben, im Augenblick der Krise auch und gerade die Technokraten den Kopf verlieren.

Schließlich die entscheidende Frage: wie kann sich eine Gesellschaft allein mit den Mitteln der Einsicht, der Opferbereitschaft und des Vertrauens selbst reformieren? Wie kann man verlangen, daß seit langem angesammelte und oft im Namen der Freiheit und Demokratie verteidigte Rechte und Privilegien aufgegeben werden, wenn die »neue Gesellschaft« nicht mehr Chancen für Erfolg und Selbstverwirklichung bietet, sondern bisher nur vage Versprechungen?<sup>11</sup> Welches ist überhaupt das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit in dieser »neuen Gesellschaft«? So verstärkt sich der Eindruck, daß die Wände nur neu bemalt statt eingerissen werden. Kein Wunder, wenn der Skepsis von unten die mangelnde Überzeugungskraft der Regierung entspricht.

### Das Ende der Mittelklassen

Die Regierungserklärung Chaban-Delmas' erinnert fatal an Stil und Eloquenz John F. Kennedys. Auch beim amerikanischen Präsidenten diente die Vision von der »*great society*« als Richt- und Zielbild für die Reform der Gesellschaft.<sup>12</sup> Aber Vietnam-Abenteuer und Rassenkonflikt bereiteten dem Unternehmen ein rasches Ende. Über welche Mittel verfügt die französische Regierung, um ihre »Reform von oben« zu verwirklichen? Die parlamentarische Mehrheit, auf die sie sich stützt, ist am allerwenigsten geeignet, eine kühne Reformpolitik zu tragen. Sie ist ja gerade das Spiegelbild jenes Frankreich, das nach den »Mai-Ereignissen« Ruhe und Ordnung sucht und sich sicherlich nicht durch Reformbegeisterung auszeichnet. Hinzu

kommt, daß der Postgaullismus als politische Bewegung, wie die vorangegangene Analyse zeigt, im Vergleich zur Herrschaft de Gaulles keineswegs an Reformkapazität gewonnen hat. Das Führungspersonal hat sich nicht geändert. Was die Doktrin anlangt, ist man völlig ins Schwimmen geraten. Tatsächlich verlangt das, was man an ideologischem Gehalt der »neuen Gesellschaft« zur Not entdecken könnte, ein Umdenken gerade der Gaullisten.

Wenn Chaban-Delmas, um nur ein Beispiel zu nennen, eine »Neudefinition der Rolle des Staates« verlangt, so kann das im Klartext nur heißen: Abbau des Staates, »*Entétatisierung*« der französischen Gesellschaft. Eines der charakteristischen Kennzeichen der gaullistischen Doktrin ist jedoch gerade die quasi metaphysische Präexistenz des Staates vor der Gesellschaft mit ihren Gruppen und Interessen. Jakobinische Zentralisten wie Michel Debré, die wesentliche Züge des Gaullismus repräsentieren, sind die letzten, die aus ihrer Haut herauskönnen. Für sie ging schon die von de Gaulle vorgeschlagene Regionalisierung zu weit, obwohl sie doch den Staat auf nationaler Ebene völlig intakt ließ.

Entscheidend ist schließlich, daß der Gaullismus, der sich unter Führung der Technokraten auf den Weg der »Modernisierung« (und d. h. der Konzentrierung) des kapitalistischen Systems begibt, in ein tödliches Dilemma gerät. Indem er sich zum Instrument der Industriebourgeoisie macht und deren Forderungen erfüllt, bereitet er das vor, was bislang noch nicht erreicht werden konnte: die politische Vorherrschaft dieser Fraktion der Bourgeoisie. Damit wird der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie der Todesstoß versetzt. Es wird anerkannt, daß die Masse der Mittelklassen, diese jahrhundertealte Basis der französischen Gesellschaft, den Preis für die Operation bezahlen muß. In der Tat wird sie zum kleineren Teil von diesem modernisierten Kapitalismus absorbiert, zum größeren Teil aber schlicht und einfach proletarisiert werden. Sie besitzt schon heute weder politische noch ökonomische Macht; was die Ohnmacht gerade auch der nichtkommunistischen Linken erklärt. Damit verliert der Gaullismus seine »*raison d'être*« als Sammlungsbewegung, als

<sup>11</sup> Vgl. treffend Jacques Fauvet in: *Le Monde*, 24. Sept. 1969.

<sup>12</sup> Es ist kein Zufall, daß sich einer der linksgaullistischen, von Paul-Marie de La Gorse präsidenten Klubs den Namen *Nouvelle Frontière* gegeben hat. In diesem Klub sammeln sich junge Beamte aus der Verwaltung und leitende Persönlichkeiten aus der Privatindustrie, die die Politik der Regierung unterstützen, also nicht zu der Gruppe um Capitant und Vallon gehören. Vor diesem Klub hat der Ausrüstungs- und Wohnungsbauminister Albin Chalandon nachdrücklich für eine »Entétatisierung« Stellung genommen, gerade auch im Bereich der Wirtschaftspolitik, also gegen eine zu prononcierte Intervention, und sich damit scharfer Kritik durch den Staatspräsidenten und den Premierminister ausgesetzt.

Rahmen einer integrierten, konfliktfreien Gesellschaft. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß die Arbeiter oder vielleicht sogar Teile der technischen Kader den Sirenenklängen Pompidous folgen. Das würde nichts anderes heißen, als daß sie ein Bündnis mit diesem modernisierten Kapitalismus eingehen und ihm damit jene soziale Basis geben, die er für seinen Erfolg so dringend braucht. Auf diesem Terrain fällt jedoch die Entscheidung. Gelingt dem reformatorisch-modernistischen Postgaullismus die Allianz mit der Arbeiterklasse (etwa wie es zwischen dem aufgeklärten Kapitalismus und den Gewerkschaften in der Bundesrepublik der Fall ist), wird er sich zwar transformieren, aber seine Macht festigen; gelingt es nicht, stehen Frankreich italienische Verhältnisse bevor.

### Ohne Konzept

Die bisher vom Postgaullismus praktizierte Politik kann die hier geäußerten Bedenken nur verstärken. Die Abwertung war unvermeidbar, aber die für den Erfolg unbedingt erforderlichen »flankierenden« wirtschaftlichen Maßnahmen kamen spät und zeichneten sich vor allem durch ihren deflationären Charakter aus. Ein Globalkonzept, das alle relevanten Faktoren in den Griff zu bekommen versucht hätte und das zugleich so etwas wie ein erster Schritt auf dem Weg zur »neuen Gesellschaft« gewesen wäre, kristallisierte sich nicht heraus. Die Sparmaßnahmen wurden lediglich durch einige soziale Bonbons versüßt, die fatal an Almosen erinnern. Auch das Budget für 1970, gekoppelt mit einer Erhöhung des Diskontsatzes von 7 auf 8 vH, ergänzt nur die bisherigen Maßnahmen: Beschränkung und Verteuerung der Kredite, um die Überhitzung zu bekämpfen, die wiederum, nach Überzeugung der Regierung, die Ursache für Zahlungsdefizit, das Ansteigen der Preise und die gespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt ist; Abbau der öffentlichen Ausgaben und Einfrieren vorgesehener Investitionen, die das ökonomische Wachstum von 8,6 vH in diesem Jahr auf 4 vH im kommenden Jahr einschränken und den Konsum der Franzosen erheblich bremsen sollen. Zusätzliche

Einnahmen kommen den sozial Minderbemittelten zugute. Aber unter der Verminderung der Investitionen leiden vor allem der soziale Wohnungsbau und der Bau von Krankenhäusern und Schulen. Auch ist die steuermäßige Begünstigung der mittleren Kaufleute und der freien Berufe sicherlich weniger dringend als diejenige der kleinen und mittleren Lohnempfänger. Selbst die Familienzulagen — in Frankreich ein wichtiges Instrument der Einkommensverteilung — werden langsamer ansteigen als die Preise (Eisenbahntarife, Elektrizität, Gas, Post, Tabak), deren massive Erhöhung für das kommende Jahr bereits als Teil der »Austerität-Maßnahmen« vorgesehen ist.

Alles das hat mit der »neuen Gesellschaft« wenig zu tun. Selbst wenn man nicht an die Ambitionen des Reformgaullismus denkt, ist mit solch klassischen Mitteln nicht einmal die innere Gesundung sicher. Dazu gehört nicht nur die Sanierung der öffentlichen Finanzen; das Budget muß von unproduktiven Ausgaben befreit werden, und das bedeutet den Mut zu gesellschaftspolitischen Strukturmaßnahmen. Eine Abwertung ohne Aufhebung der Kontrolle der Wechselkurse ist kaum geeignet, das immer wieder reklamierte Vertrauen zu schaffen. Eine nur langsam voranschreitende Gesundung aber birgt die Gefahr in sich, die selbst ein so gemäßigter Politiker wie Félix Gaillard sieht, daß die soziale Lage und die Wirtschaft weiter anfällig bleiben. Das kann das Land bei neuen monetären Belastungen in eine schwere Krise stürzen. Wo ist die Politik, die Wirtschaft und Währung dominiert und orientiert, anstatt sich dominieren und orientieren zu lassen? Wer dirigiert wen? Die Antwort auf diese Fragen wird nicht lange auf sich warten lassen. Gilbert Zieburga